

Russisches Gas

Wie kann der Ausstieg aus russischem Gas gelingen?

Der Gasliefervertrag: „Take-or-Pay“-Klausel

2018: Gasliefervertrag der OMV mit der russischen Gazprom Verlängerung bis 2040.

Im Beisein von Vladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation und Sebastian Kurz, Bundeskanzler der Republik Österreich, unterzeichneten heute Alexey Miller, Chairman des Gazprom Management Committee und Rainer Seele, Vorstandsvorsitzender der OMV, die Verlängerung des Vertrages für Erdgaslieferungen nach Österreich bis zum Jahr 2040. Quelle: OMV News, 1. Juni 2018

Behauptung: Selbst wenn die Verträge vorzeitig gekündigt werden, muss an Gasprom bezahlt werden, auch wenn kein Gas fließt. („Take-or-Pay“-Klausel).

Fraglich: Ist eine solche Klausel tatsächlich Vertragsbestandteil? Es könnte sich auch um ein gestreutes Gerücht handeln. Selbst die zuständige Ministerin beteuert, die Verträge nicht zu kennen.

Ob der bei Vertragsunterzeichnung hinter den Akteuren stehende damalige Bundeskanzler in die Verhandlungen eingebunden oder zumindest informiert war, ist nicht überliefert.

Der Gasliefervertrag: Preismodell

Wenn tatsächlich eine „Take-or-Pay“-Klausel besteht, wäre es für eine Beurteilung notwendig, das Preisberechnungsmodell zu kennen.

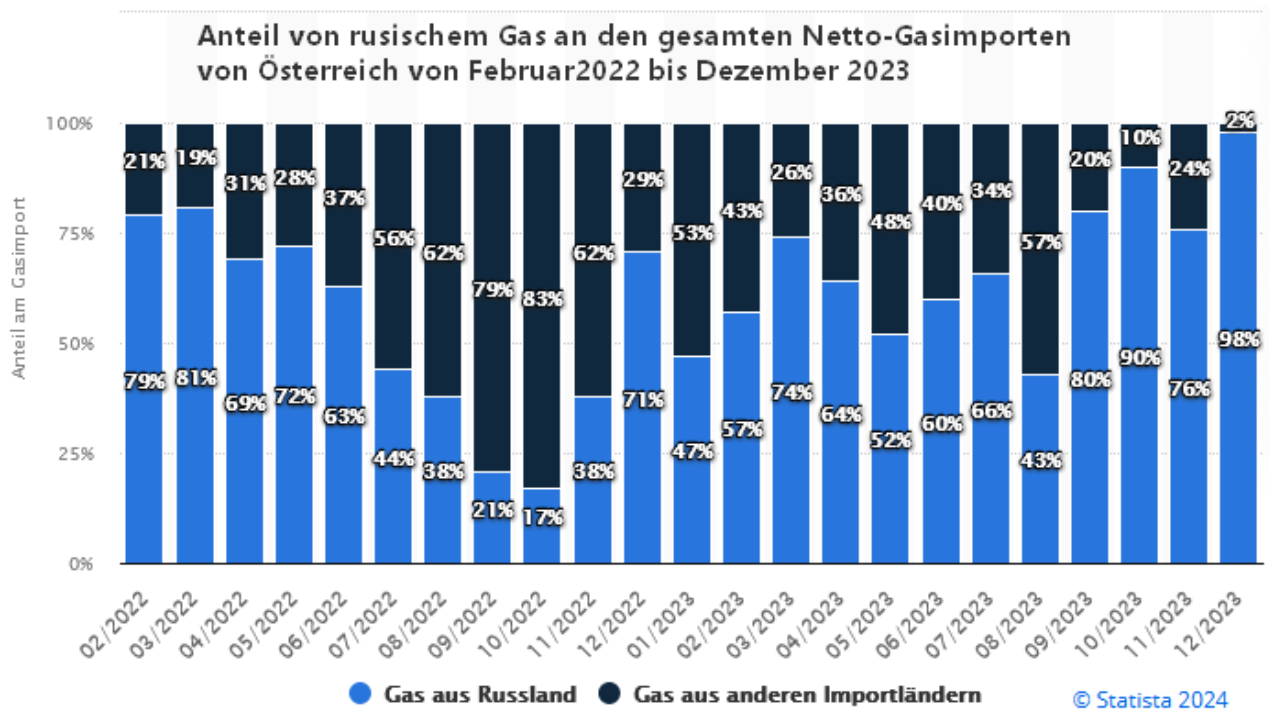
Die Beauftragung eines Wirtschaftsgutachtens - wie derzeit von der Energieministerin geplant - macht keinen Sinn, solange man keinen Zugriff auf die Vertragsdetails hat.

Behauptung: Russisches Gas wäre (entgegen früheren Behauptungen) im Einkauf teurer als am freien Markt gehandeltes Gas.

- Variante 1: Die OMV bezahlt Gasprom tatsächlich über dem Marktpreis - die hohen Anteile an importiertem russischem Gas sind betriebswirtschaftlich eigentlich nicht nachvollziehbar. Die daraus folgenden hohen Endverbraucherpreise, müssen vom Konsumenten (auch Gewerbe und Industrie?) geschluckt werden.
- Variante 2: Die OMV bezahlt an Gasprom deutlich weniger, als sie in die Kalkulation des Endverbraucherpreises einrechnet („Körbergeld“).

Anteil russisches Gas

Behauptung: Der Gasverbrauch in Österreich ist im letzten Jahr deutlich gesunken (durch Nutzung alternativer Energieformen, Einsparungen...), der Anteil russischen Gases ist dagegen auf zuletzt 98% gestiegen.



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1425254/umfrage/anteil-von-russischem-gas-an-den-gasimporten-von-oesterreich/>

Gasdiversifizierungsgesetz

Von einem solchen Gesetz - das seitens der Bundesregierung derzeit ernsthaft überlegt wird - ist wenig zu erwarten:

- Es handelt sich um eine hochkomplexe Materie.
- Es ist kaum seriös zu erstellen, da die Rahmenbedingungen größtenteils unbekannt sind.
- Maßgebliche Widerstände sind unausweichlich sind.

Was keinesfalls passieren darf ist, dass die OMV durch gesetzliche Maßnahmen gezwungen wird Gas zu bezahlen, das gar nicht geliefert wird. Das wäre sowohl umweltpolitisch als auch strategisch der Supergau:

Russland könnte doppelt profitieren. Lachend die Zahlungen der OMV einstecken und das Gas in einen Drittstaat verkaufen.

Vertragskündigung

Ob eine einseitige Vertragskündigung möglich ist und welche Folgekosten damit einhergehen, lässt sich nur mit Kenntnis der Vertragsinhalte abschätzen.

Für den Fall, dass die Republik eine Haftung (in welcher Form auch immer) übernommen haben sollte (derartige Beschlüsse der Gremien sind nicht bekannt), besteht eine Zahlungspflicht des Staates. Andernfalls hat nur die OMV selbst größere Probleme. Eine OMV kann man aber auch nicht einfach „untergehen“ lassen („too big to fail“).

Um dem zuvorzukommen könnten die „guten“ Teile der OMV herausgekauft und die Rumpf-OMV dem Rechtsstreit mit der Gasprom überlassen werden. Eine seriöse Vorgangsweise, die einem demokratischen Rechtsstaat ansteht, ist das aber nicht. Juristische Fallstricke lauern zudem rundum...

Möglicherweise ist ein von der Energieministerin angedachtes Wirtschaftsgutachten dazu gedacht, einen Überblick über die zu erwartenden Probleme zu bekommen. Das wird aber nicht viel helfen (weil die Rahmenbedingungen nicht bekannt sind) und nur zu einer Zeitverzögerung führen.

Die einzige halbwegs realistische Chance aus der Doppelmühle rauszukommen ist die Ukraine. Es wird machbar sein, dass die Ukraine aus eigenem Antrieb die Durchleitungsverträge mit Ende 2024 auslaufen lässt, womit der Gasprom-OMV-Deal wegen Wegfall der Geschäftsgrundlage kündbar wäre.

Versorgungssicherheit

Für den Fall der Beendigung der Durchleitung ist sofort (!) Vorsorge zu treffen. Priorität hat die Herstellung der Versorgungssicherheit bereits ab 2025 (nicht ab 2027, wie vom Energieministerium geplant).

- Füllen aller Lager, Ausbau weiterer Lager
- Sicherstellung Gaslieferungen aus anderen europäischen Ländern (z.B. Norwegen)
- Bohrbeginn bei heimischen Erdgasvorkommen
- Garantie der Republik für 40km West-Austria-Gasleitung (WAG)
- Biogas aus Abfallprodukten dezentral nutzen (vom Verbraucherstandort abhängige Anlagen)

Zoll auf russisches Gas

Eine einfache Lösung: **Zölle für Import von russischem Gas.**

Mehrmalige Anhebung der Zölle in den Folgemonaten

Die Einnahmen sollen - um die Inflation nicht anzuheizen - für eine Gaspreisbremse verwendet werden, wobei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gewerbe, Industrie und privaten Endverbrauchern auszuhandeln ist.

Zölle werden gleichermaßen von anderen nicht-EU-Staaten eingehoben.

Vom Zoll ausgenommen sollen nur Länder sein, **die nachweisen können, selbst kein russisches Gas zu importieren**. D.h. Erdgas, das im Kaukasus gefördert wurde, ist

beim Zoll russischem Erdgas gleichgesetzt, solange das Land Gas aus Russland (für eigene Zwecke) bezieht.